

## Die Schulreform, eine schwierige Aufgabe

Der eingereichte Entwurf einer Schulreform ist das Ergebnis der Arbeit eines Ausschusses, in dem 44 soziale Organisationen vertreten sind. Jetzt wurde der Vorschlag der Beratenden Kommission vorgelegt, welche ihm Rechtsgültigkeit verleihen soll. Doch in der Beratenden Kommission gehen die Meinungen über den Vorschlag auseinander. Der folgende, leicht gekürzte Artikel ist am 18. Juni in INFORPRESS erschienen.

Aufgrund der Friedensabkommen über die "Identität und Rechte der Indigenen Bevölkerung" und über "sozioökonomische Aspekte und Agrarsituation" wurden zwei Kommissionen damit beauftragt, an einer Schulreform zu arbeiten: Die Paritätische Kommission für eine Schulreform (COPARE), deren Aufgabe es war, den Entwurf auszuarbeiten, und die Beratende Kommission für eine Schulreform (CCRE), deren Aufgabe es ist, die Umsetzung des Vorschlages in einen Nationalen Erziehungsplan und dessen Durchführung zu garantieren. Insgesamt erhielt die Beratende Kommission 44 verschiedene Vorschläge über eine Schulreform, eingereicht von Organisationen des Zivilen Sektors. Daraus hat COPARE einen einzigen Entwurf erarbeitet und ihn der CCRE zur Annahme und Umsetzung vorgelegt.

In der CCRE (Beratende Kommission) sitzen 33 Personen, VertreterInnen u.a. der Mayabevölkerung, der Akademie der Mayasprachen, der entwurzelten Bevölkerung, der Vereinigung der Privatschulen, der Bischofskonferenz, der Universitäten, der Handelskammer (CACIF), der Evangelischen Allianz Guatemalas und des Erziehungsministeriums.

Am 11. Juni hielt die Koordination der Maya-Organisationen Guatemalas (COPMAGUA) die IV. Versammlung der Ständigen Nationalen Kommission für eine Schulreform (CNPRE) ab. Für die CNPRE ist das wichtigste am eingereichten Vorschlag die "Anerkennung Guatemalas als ein verschieden-ethnisches, mehrsprachiges und kulturell vielfältiges Land. Die Annahme des Entwurfs führt zu einem neuen Erziehungsgesetz, der Einsetzung von Erziehungsräten, was eine wichtige Möglichkeit sozialer Beteiligung ist, sowohl auf lokaler, regionaler, wie auch nationaler Ebene."

Eine Schwachstelle des Entwurfs für eine Schulreform ist die Möglichkeit der verschiedenen politischen und strategischen Auslegung. Die staatlichen Behörden weisen darauf hin, dass das "Prinzip der Solidarität und Unterstützung" nicht die Privatisierung der Erziehung zum Ziel habe. Verschiedene FührerInnen indigener Organisationen ziehen das jedoch in Zweifel.

Während der IV. Versammlung der CNPRE, kritisierten einige Mitglieder, dass im Entwurf verschiedene wichtige Begriffe, wie z.B. Selbstverwaltung, Dezentralisierung, Modernisierung, Unterstützung, nicht genau definiert werden. Andere befürchten, dass die Verantwortung des Staates, die Erziehung zu finanzieren, an die Gemeinden delegiert wird. (Zitat aus dem Vorschlag für eine Schulreform: ...Die Gemeinden verpflichten sich, einen höheren Beitrag "jeglicher Art", zur Un-

terstützung des Erziehungswesens zu leisten. Der Vorschlag tendiert in Richtung einer Institutionalisierung der Erziehung, die offen ist für die soziale Beteiligung.)

Die TeilnehmerInnen der Versammlung der CNPRE argumentieren, dass unter Selbstverwaltung "die Mitsprache der Bevölkerung in schulischen Belangen, jedoch niemals die Eigenfinanzierung oder Mitfinanzierung der Schulen verstanden werden soll."

Der Kernpunkt der Diskussion innerhalb der Beratenden Kommission besteht darin, die verfassungsmässige Verpflichtung des Staates herauszustreichen, die darin besteht, der ganzen Bevölkerung Zugang zum Schulunterricht zu ermöglichen, die Schulgesetze zu erneuern, ein akademisches Studium für Lehrberufe zu schaffen, sowie eine einheitliche Erziehungspolitik für öffentliche und private Schulen zu definieren. Und ebenso, die Arbeitsrechte der LehrerInnen, die kommunale, demokratische Mitsprache und die Respektierung der kulturellen Verschiedenheit zu garantieren.

Laut einigen VertreterInnen der Beratenden Kommission haben die staatlichen Behörden nicht die Absicht, dem Reformentwurf der Paritätischen Kommission Rechtsgültigkeit zu verleihen. Vielmehr wollten sie direkt zur Ausarbeitung eines "Nationalen Erziehungsplans" übergehen. "Die subtile Absicht der Behörden ist es, den nationalen Erziehungsplan an Stelle der Schulreform zu implementieren. Ursprünglich hiess es, dieser Plan umfasse vier Jahre, jetzt ist schon von zwanzig Jahren die Rede," meinte ein Vertreter der Beratenden Kommission. Ebenso habe die Wahlkampagne einen Einfluss auf die Arbeit aller Paritätischen Kommissionen. Ende November sei der Auftrag der Beratenden Kommission zu Ende, deshalb sei es wichtig, vorher ein weiteres Vorgehen für die Schulreform festzulegen.

Obwohl der Entwurf nicht mit der Unterstützung aller indigenen VertreterInnen innerhalb der Beratenden Kommission rechnen kann und die staatlichen Erziehungsbehörden damit argumentieren, dass kein Geld für die Umsetzung zur Verfügung stehe, besteht COPMAGUA auf eine Umsetzung des Entwurfs. So haben sie eine Umfrage vorgelegt, aus der hervorgeht, dass 88 Gemeinden bereit sind, den Vorschlag umzusetzen. Dazu wäre eine Summe von ca. 1 Million Quetzales nötig.

Laut Francisco Cabrera, Vertreter der CNPRE innerhalb der Beratenden Kommission ist es nicht angebracht,

dass die sozialen Organisationen die Umsetzung der Schulreform durchführen und finanzieren. Damit würde dem Erziehungsministerium die Verantwortung abgenommen und der Schulreform die Rechtsgültigkeit entzogen. "Das MINEDUC (Erziehungsministerium) soll die Kontrolle über die Durchführung der Schulreform haben. Es hat als einzige genügend Personal, sowie ausreichende technische und finanzielle Mittel", meint Cabrera. Ausserdem sei das Erziehungsministerium auch mit der Ausführung von verschiedenen Projekten und Programmen im Schulsektor beauftragt, sowie der Ausarbeitung des Nationalen Erziehungsplans und der Anstellung des Lehrpersonals. Für die CNPRE sind die dringlichsten Ziele das Miteinbeziehen des Lehrpersonals in den Prozess der Schulreform, die Anpassung der be-

stehenden Projekte an die vorgeschlagene Reform, sowie die Bildung der Erziehungsräte.

Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD) ist die geringe staatliche Investition ins Erziehungswesen das Ergebnis einer mangelnden, umfassenden Planung und fehlender Prioritätensetzung. Es würde schlecht budgetiert, die Administration sei in der Hauptstadt zentralisiert und die Kapazität des Erziehungsministeriums habe nachgelassen, stellt ein Bericht des PNUD fürs Jahr 1998 fest. Weiter hält der Bericht fest, dass laut Verfassung der Besuch der Primar- und Sekundarschule obligatorisch ist. Die angewandte Erziehungspolitik würde jedoch nur die Primarschule fördern und die Sekundarschule vernachlässigen. Das Ziel des Erziehungsministeriums für die Jah-

re 1999 und 2000 sei es, drei Jahre Primarschule im ganzen Land zu garantieren. So ist es auch im Abkommen über "Sozioökonomische Aspekte und Agrarsituation" festgehalten: "Der Staat muss bis ins Jahr 2010 im ganzen Land allen Kindern im Alter von 7 - 12 Jahren mindestens 3 Jahre Primarschule ermöglichen."

Von den von der Regierung im Mai dieses Jahres in Stockholm der Konsultativgruppe vorgelegten Projekten, betreffen 51 den Sektor Erziehung. Von den dafür budgetierten 107 Millionen US-Dollar wurden bisher 35 Millionen, d.h. 32% ausbezahlt. Davon entfällt der grösste Teil (25%) auf das Projekt "Erziehungsreform", das Projekt "mehrsprachige und interkulturelle Erziehung" erhält gerade noch 0.06%.

## Freispruch im Fall Noriega aufgehoben

**Guatemala, 24. Juli.** Die Verhandlungen im Fall Cándido Noriega Estrada müssen zum dritten Mal aufgenommen werden, nachdem das Berufungsgericht in Antigua Guatemala den am 15. April 1999 gefällten Freispruch annulliert hat.

Noriega, der bereits im Mai 1997 ein erstes Mal freigesprochen wurde, wird zusammen mit dem flüchtigen Juan Alessio Samayoa für ein Massaker in der Gemeinde Tululché (Quiché) verantwortlich gemacht, sowie für ein Total von über 150 Menschenrechtsverletzungen, u.a. zahlreiche Morde, Vergewaltigungen, Entführungen und Raubüberfälle.

Das Berufungsgericht akzeptierte die Einsprache der Staatsanwaltschaft und der Klägerseite nicht, hob den Freispruch aber trotzdem auf, da das vom Gericht in Quiché gefällte Urteil Ungezetzmässigkeiten enthalte.

Vor dem Gebäude in Antigua, in dem das Berufungsgericht tagte, fanden Demonstrationen der Überlebenden des Massakers von Tululché statt, welche die Verurteilung Noriegas forderten. Die Proteste wurden vom Zusammenschluss der Ordensleute Guatemalas (CONFREGUA) unterstützt, welche auch die Klägerseite vertritt. Der Anwalt der Klä-

gerseite, Ronald Colindres, äusserte sich zufrieden über den Entscheid des Berufungsgerichts. Noriega selber weigerte sich, einen Kommentar abzugeben. Seine Anwältin, Floridalma Quemé Aguilar sagte, sie sei enttäuscht über das Verhalten des Gerichts und bezeichnete den Entscheid als "politisch". Gegen eine solch traurige Resolution könne sie keine rechtsgültige Berufung einlegen, sondern einzig die nächste Verhandlungsrunde abwarten.

## CONIC hält VI. Nationalversammlung ab

**Quetzaltenango, 17. Juli.** 377 VertreterInnen aus 135 Gemeinden nahmen während drei Tagen an der VI. Nationalversammlung der Nationalen Bauern- und Bäuerinnenkoordination (CONIC) teil.

Die Versammlung kam zum Schluss, dass die ungerechte Landverteilung und die Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme für Landkauf nach wie vor eines der grössten Probleme des Landes sei und fordern die Regierung und die Parteien auf, endlich Lösungen für dieses Problem zu suchen. Weiter müsse der Schaffung eines neuen Agrargesetzes und der Förderung der politischen Beteiligung indigener Frauen Priorität eingeräumt werden. Zusammen mit anderen in der Nationalen Koordination (CNOC) zusammengeschlossenen Indi-

gena- und Bauern-/Bäuerinnenorganisationen müssten Gesetzesvorschläge für ein neues Enteignungs- und Landwirtschaftsgesetz ausgearbeitet werden.

Juan Tiney, Koordinator der CONIC, erinnert daran, dass in den sieben Jahren des Bestehens der Organisation, über 200 Gemeinden und ein Total von über 80'000 Mitgliedern organisiert werden konnten. In vierzig Gemeinden hätten Landkonflikte gelöst werden und technische und finanzielle Unterstützung angeboten werden können.

Als eines der Hauptprobleme in ihrer Arbeit bezeichnet Tiney die nach wie vor herrschende Nicht-Akzeptanz sozialer Organisationen seitens der Regierung. Dies müsse sich ändern, wenn sich eine Regierung als tatsächlich demokratisch bezeichnet.

### ¡Fíjate!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fíjate!**  
**2502 Biel**  
**PC- 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fíjate!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Bözingenstrasse 33**  
**2502 Biel**  
**Tel. 032/341 90 80**  
**E-Mail:**  
**barbara@bam.links.ch**  
**Jahresabo: 100,- Fr.**  
**Auslandsabo: 120,- Fr.**  
**Förderabo: ab 200,- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntägig.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Kopieren wird mit schlechtem Gewissen bestraft.**

## ANN gibt Spaltung der FDNG und die Trennung Rafaels Arriagas von der Koalition bekannt

**Guatemala, 20. Juli.** Wie die Medien in den letzten Tagen berichtet haben, geht die Demokratische Front Neues Guatemala (FDNG) durch eine tiefe interne Krise, die bereits auch die Arbeit, Veranstaltungen und den internen Diskussionsprozess der Allianz Neue Nation (ANN) zu beeinträchtigen beginnt. Die unterschiedlichen Quellen stimmen überein, dass der Ursprung der Problematik im Handeln und der politischen Vorgehensweise des Generalsekretärs der FDNG, Rafael Arriaga, zu finden sei. Der Konflikt gipfelte im Ausschluss Arriagas aus der ANN.

An einer Pressekonferenz begründet die ANN ihren Entschluss: "Der Parteisekretär Rafael Arriaga und eine Gruppe von Mitgliedern der FDNG sind aus der Allianz Neue Nation (ANN) ausgetreten, da sie der Allianz grosse Schwierigkeiten durch schlechte Angewohnheiten und Vorgehensweisen als Politiker des alten Stils bereitet haben. Ein beträchtlicher Teil der FDNG, der sich aus Menschen mit einer langen Erfahrung in sozialen Kämpfen zusammensetzt, die sich mit dem Regierungsprogramm, der Einheit, der politischen Ethik und einer neuen Art, Politik zu machen, voll identifiziert, hat sich jedoch für den Verbleib in der ANN entschieden und wird diese weiter unterstützen. Viele von ihnen werden als Kandidaten und Kandidatinnen der ANN bei den nächsten Wahlen aufgestellt. Ein anderer Teil der FDNG, angeführt von Rafael Arriaga und einigen ihm nahestehenden Personen, verlassen die ANN. Ihre Eingliederung in ein wahrhaft anderes politisches Projekt, in dem das Gemeinwohl, die Identifikation mit den Interessen der Mehrheit und eine neue, seriöse Art, Politik zu machen, im Vordergrund steht, war unmöglich."

An der Pressekonferenz der ANN nahmen der Präsidentschaftskandidat Alvaro Colom und sein Vize, Vitalino Similox, der Generalsekretär der URNG Jorge Soto, Alfonso Bauer von der UNID, Rolando Morales der DIA und die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro teil.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den FührerInnen sozialer Organisationen innerhalb der Frente und Arriaga bestehen seit dem Beginn der Frente-Koalition. Damals war Arriaga Generalsekretär der Revolutionären Partei (PR), einer Partei mit zwielichtiger Vergangenheit zu Zeiten der Repression. 1995 stellte sie ihre Parteistrukturen zur

Verfügung, um der Frente die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen. Zu einem ersten öffentlichen Eklat kam es 1997, als Arriaga seine Wiederwahl als Generalsekretär der FDNG erzwang.

Rund um die Diskussion über das Aufstellen von Kandidatinnen und Kandidaten für Kongress- und Gemeinderatssitze bei den anstehenden Wahlen, entwickelte sich die "angespannte Situation" zur Krise. Die von der ANN definierten, internen Wahlverfahren seien zum Teil nicht an die departementalen Büros der FDNG weitergeleitet worden, bzw. von Arriaga nahestehenden Leuten boykottiert worden. Uneinigkeiten innerhalb der FDNG gab es auch über die Wahl des Kandidaten fürs Bürgermeisteramt der Hauptstadt: Einige Mitglieder akzeptierten den Entscheid der ANN, Carlos Aldana als Kandidaten aufzustellen, wohingegen andere auf die Nominierung des FDNG-Vertreters Raúl Molina bestanden.

Als dann die Liste der Abgeordneten kandidaten für den Kongress bekanntgegeben wurde, angeführt von Alfonso Bauer (UNID), Pablo Ceta (URNG), Rolando Morales (DIA) und Arnoldo Noriega (URNG), hiess es am 20. Juli zuerst, die FDNG drohe damit, sich ganz aus der Allianz zurückzuziehen. Differenzierteren Meldungen zufolge hiess es, nur ein Teil der FDNG ziehe sich zurück. Dem ist die ANN mit dem Ausschluss Arriagas und weiteren 19 ihm nahestehenden Personen zugekommen.

Über den Ausschluss Arriagas aus der Allianz ist von den Verbleibenden wohl niemand sonderlich traurig. Verschiedene lokale Büros der FDNG, u.a. diejenigen von Alta Verapaz und Retalhuleu, manifestierten der ANN ihre absolute Unterstützung. Sie akzeptieren die Entscheidung des Ausschlusses Arriagas und stehen hinter Colom und Similox als Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten.

Die Kongressabgeordneten der FDNG zögerten etwas länger in ihrer Entscheidung, stellten sich aber auch klar hinter die ANN. Für sie hiess die Entscheidung, entweder innerhalb der Partei gegen Arriaga zu kämpfen oder die Partei zu verlassen und sich der URNG anzuschliessen, um sich so einen Listenplatz zu sichern.

Nineth Montenegro spricht klar von einer Kampagne gegen die Nominierung von FDNG-VertreterInnen (Rosalina Tuyuc wurde als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft von Vitalino Si-

milox ausgebaut, ebenso habe sich die ANN anfänglich gegen eine erneute Kandidatur der Kongressabgeordneten ausgesprochen). Montenegro spricht jedoch Colom ihre absolute Unterstützung zu. Ebenso Antonio Móbil, der die Parteibasis dazu aufruft, die ANN zu unterstützen. Auch Rosario Pú, Mitglied des Komitees der Bauernvereinigung (CUC) und Gründungsmitglied der FDNG sieht den Ausschluss Arriagas als eine Chance für die Partei.

Alvaro Colom sagte, seit die Entscheidung getroffen worden sei, Arriaga und seine Gefolgsleute aus der Allianz auszuschliessen, könne er wieder ruhig schlafen. Er versprach den Mitgliedern der FDNG, die sich weiterhin mit der ANN identifizieren, die "Türen der Allianz stünden ihnen offen" und er verpflichtet sich persönlich gegenüber den Mitgliedern der Frente, die sich für die Beteiligung an dem Projekt entscheiden, dass ihre Interessen und Vorschläge berücksichtigt werden.

Arriaga seinerseits gibt die Schuld am Konflikt der URNG und beschuldigt konkret den Generalsekretär dieser Partei, Jorge Soto (alias Pablo Monsanto) Gespräche mit dem Präsidentschaftskandidaten der PAN, Oscar Berger, über eine mögliche Koalition im Falle einer zweiten Wahlrunde zu geführt zu haben. Die URNG weist den Zusammenhang zwischen dem Ausschluss Arriagas mit den Problemen zwischen ihm und Soto zurück. Dies sei bloß ein Trick, um vom effektiven Problem, der Spaltung innerhalb der FDNG, abzulenken. Auch die Parteiführung der URNG stellt sich voll hinter die ANN.

Wie die formelle Trennung der FDNG von der ANN vonstatten gehen wird, ist noch nicht klar. Es müssen legale Strukturen geschaffen werden, die es den FDNG-Mitgliedern ermöglichen, weiterhin in der Allianz teilzunehmen. Dies könnte über den Zusammenschluss in einem BürgerInnenkomitee geschehen oder dadurch, dass Rafael Arriaga die legale Kontrolle über die FDNG entzogen wird und die FDNG (unter einem / einer neuen GeneralsekretärIn) erneut formal in die Allianz einbezogen wird.

## Diskussion um Haushaltskredit geht weiter

**Guatemala, 21. Juli.** Das Verfassungsgericht lehnt einstimmig die von der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) eingereichte Verfassungsklage gegen die Erhöhung des Haushaltskredites 1999 ab. Die Erhöhung von rund 3 Millionen Quetzales wurde im April vom Kongress verabschiedet, stiess jedoch in der Opposition auf breiten Widerstand.

Seinen Entscheid, den Rekurs der FRG abzulehnen, begründet das Verfassungsgericht damit, ein Gutachten der Währungskommission - laut FRG Voraussetzung für eine Änderung des Haushaltsbudgets - sei nur dann nötig, wenn Schulden (interne oder externe) gemacht würden. Im konkreten Fall ginge es jedoch darum, bereits gemachte, externe Schulden, zu amortisieren.

Die FRG hat den Beschluss des Verfassungsgerichts akzeptiert, da es die höchste Instanz auf diesem Gebiet sei. Der Kongressabgeordnete der FRG, Aristides Crespo Villegas betonte jedoch, es sei ein rein politischer Entscheid ohne rechtliche Grundlage. Die Verfassung schreibe klar vor, dass die Währungskommission in jedem Fall einer Budgeterhöhung einen Bericht abgeben müsse.

Bereits am 14. Juli haben die neue Finanzministerin Irma Luz Toledo Peñate und der Präsident der Guatemaltekischen Nationalbank, Edín Velázquez, auf einer Pressekonferenz Massnahmen bekanntgegeben, um die Kreditvergabe an den privaten Sektor zu begünstigen und somit dessen Investitionsbereitschaft zu erhöhen, was wiederum eine Finanzspritze des Staatshaushaltes zur Folge hätte. Einerseits soll der obligatorische Beitrag, den die Banken und Finanzinstitute aus den privaten Einlagen als Garantie in der

Nationalbank deponieren müssen, von 3.1 auf 0.5% gesenkt werden. Mit dieser Massnahme sollen rund 600 Millionen Quetzales freigesetzt werden, welche als Kredite an die Privatwirtschaft vergeben werden können.

Als zweite Massnahme empfahl Toledo dem Verfassungsgericht die Ablehnung der Klage der FRG. Die Einsprache sei zu lange hängig gewesen, um noch glaubwürdig ausgesprochen zu werden. Gleichzeitig schlägt sie eine erneute Erhöhung des Haushaltskredites um 1'352 Millionen Quetzales vor. Neu darin enthalten sind die Einnahmen aus dem Verkauf der Telefongesellschaft TELGUA und dem Elektrizitätsunternehmen EEGSA.

Um zu vermeiden, dass diese Massnahmen Einfluss auf den Wechselkurs und somit eine Inflation zur Folge haben, sollen die öffentlichen Ausgaben um 670 Millionen Quetzales gekürzt und Wertpapiere verkauft werden. Was Velázquez und Toledo auf ihrer Pressekonferenz nicht bekanntgaben, kurz darauf jedoch durchführten, war die Aufforderung an die Banken und Finanzinstitute, einen Teil der Mittel, die durch die Reduktion der obligatorischen Einlagen freigesetzt werden, in "Kreditbons" des Finanzministeriums umzuwandeln.

Das Koordinationskomitee der Kammern für Handel, Industrie, Landwirtschaft und Finanzwesen (CACIF) äusserte sich zufrieden über die von der Finanzministerin angekündigten Massnahmen. Es wurden jedoch Bedenken geäussert über den Einfluss, welche diese auf den Wechselkurs haben könne. César Estrada, seit dem 12. Juli neuer Präsident des CACIF, meinte, diese Massnahmen deckten sich weitgehend mit Vorschlägen, welche der CACIF kürz-

lich selber gemacht habe, mahnt jedoch zur Vorsicht bei der Reduktion der obligatorischen Bankeinlagen, da das Unternehmertum nicht sehr schnell reagieren könne.

Der Analytiker Edgar Gutiérrez kritisiert die Politik der neuen Finanzministerin. Ihr zurückgetretener Vorgänger Pedro Lamport hätte wenigstens eine klare Linie gehabt und sich gegen die Intentionen einer willkürlichen Finanzmischelei (piñata fiscal) des Vizepräsidenten Luís Flores gestellt. Die angekündigten, freigesetzten 600 Millionen Quetzales müssten mindestens zu den selben, wenn nicht höheren, Zinssätzen angelegt werden können, um eine Inflation zu verhindern. Präsident Arzú wolle jedoch eine Inflation um jeden Preis verhindert haben, da diese seiner Wahlkampagne schade.

Es würde mit unbekanntem Variablen gerechnet, meint Gutiérrez weiter, die Senkung des Kaffee- und Zuckerspreises sowie der Rückgang des Zentralamerikanischen Marktes hätten einen schwächenden Einfluss auf den Handel. Ausserdem sei niemand bereit, Geld zu investieren, solange die politische Situation und der Ausgang der Wahlen nicht klar sei. Die einzigen "sicheren" Einnahmen seien die "remesas" (Überweisungen der MigrantInnen an ihre Familien) und Einnahmen aus der "Narko-Geldwaschmaschine".

Präsident Arzú gibt sich naiv. Am 9. Juli, anlässlich der Eröffnung der I. Handelsmesse äusserte er seine tiefe Zufriedenheit darüber, dass die nationale Wirtschaft stabil sei, und es ihr nicht besser gehen könnte. Trotz dem Preisfall der Exportprodukte erlebe das Land einer seiner besten Momente.

## Erdbeben erschüttert weite Teile des Landes

**Guatemala, 11. Juli.** Am Sonntag erschütterte ein Erdbeben der Stärke 5.9 auf der Richterskala während 40 Sekunden das ganze Land. Am stärksten betroffen war die Region Izabal, wo Teile der Infrastruktur wie Strassen und Brücken beschädigt wurden. Ebenso brach in gewissen Gebieten die Energieversorgung zusammen und zahlreiche Häuser wurden beschädigt. Beim Erdbeben kam eine Person ums Leben, 40 weitere wurden verletzt.

Am Montag wurde an der Pazifikküste ein zweites, jedoch nicht so starkes Erdbeben verzeichnet.

Anfangs Woche erklärte der Präsi-

dent Alvaro Arzú, die Situation sei unter Kontrolle und spielte den Schaden herunter. Die Situation in Puerto Barrios habe sich normalisiert und er äusserte sich einzig besorgt darüber, dass das Erdbeben negative Auswirkungen auf den Tourismus haben könnte.

Dass Arzú völlig untreibt, beweist die Tatsache, dass die Brücke über den Rio Dulce Schäden an den Grundstrukturen aufweist und auf unbestimmte Zeit unbefahrbar ist. Ebenso mussten die 80 PatientInnen aus einem staatlichen Spital evakuiert werden.

Der Präsident reiste per Flugzeug in das betroffene Gebiet, wo er die ver-

antwortlichen Behörden anwies, die Schäden so rasch als möglich zu beheben und der betroffenen Bevölkerung riet, ihr Alltagsleben weiterzuführen.

Luís Alberto Sánchez, Techniker des Instituts für Erdbeben, Vulkanausbrüche und Meteorologie (INSIVUMEH) teilte mit, in den Tagen nach dem 11. Juli seien insgesamt 32 Erschütterungen der Stärke 3 - 4 in der Region Izabal verzeichnet worden. Ebenfalls informiert er über vermehrte Aktivitäten der Vulkane Pacaya, Santiaguito, Tacaná und Fuego. In den entsprechenden Gebieten sei vom INSIVUMEH höchste Alarmbereitschaft ausgerufen worden.

## Spätfolgen des Hurrikan Mitch

**Guatemala, 21. Juli.** Laut der Nationalen Koordination zur Verringerung von Katastrophen (CONRED), hat der Winter dieses Jahr mit überaus starken Regenfällen begonnen. Anfang Juli mussten in Mixco 300 Familien evakuiert werden und verschiedene Flüsse im ganzen Land sind bereits über die Ufer getreten und haben Dörfer und Stadtteile überschwemmt.

Mit dem Beginn der Regenzeit verschärft sich die Gefahr der Erdbeben in den Elendsvierteln der Hauptstadt. Bei den betroffenen Gebieten handelt es sich um die selben, die noch immer unter den Konsequenzen des Hurrikans Mitch leiden. In den Siedlungen "El Incienso" und "Post-Mitch", in der Zone 3 der Hauptstadt, wurde vom Regen eine Mauer weggeschwemmt und die Häuser von 70 Familien sind vom Wegspülen bedroht.

Laut William Mazariegos, Vertreter des BewohnerInnenzweigs der Feprogua wurde der betroffenen Bevölkerung nach dem Mitch Unterstützung aus dem "Notfallfonds" der Regierung zugesichert. Das einzige, was ihnen jedoch bisher angeboten wurde, war die Umsiedlung in die Gemeinde San Pedro Ayampuc, wobei jedoch jede Familie viertausend Quetzales hätte beisteuern sollen, was schlicht über ihre finanziellen Verhältnisse ging. Abgesehen davon hätte eine solche Umsiedlung sie aus ihrem sozialen und

beruflichen Kontext herausgerissen. Unterdessen seien die Leute so verzweifelt, dass Landbesetzungen in sichereren Gegenden nicht auszuschließen seien.

Beim erwähnten Notfallfonds handelt es sich um einen der umstrittenen Punkte des Haushaltsbudgets des Staates. Kritisiert wird, dass nie Rechenschaft darüber abgelegt worden ist, was mit dem Geld gemacht wurde, das für die Opfer des Hurrikans bestimmt war. Rodolfo Colmenares, Rechtsberater des Wohnungsfonds Guatemalas (FOGUAVI), welcher unter anderem für den Wiederaufbau der vom Hurrikan zerstörten Häuser zuständig ist, erklärt, sie hätten vom Staat 132 Millionen Quetzales zugesichert bekommen. Verschiedene, von den Schäden des Mitch betroffene Gemeinden in Esquintla, Amatitlán und Mixco, haben die Kongressabgeordneten der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) gebeten, an ihrer Stelle mit dem FOGUAVI zu verhandeln. Die Antwort von Colmenares lautete, die 132 Millionen Quetzales seien zwar für die Ausführung von Projekten der Periode 1998/99 bestimmt, es müssten jedoch zuvor noch länger aufgeschobene Projekte abgeschlossen werden.

Ebenso beklagen sich die BewohnerInnen der betroffenen Siedlungen, das Papier, das sie als vom Mitch Betroffene ausweise, nütze ihnen nichts in den Verhandlungen mit dem FOGUAVI.

Viel effizienter, um Unterstützung von dieser Institution zu erhalten, sei das Vorweisen des Parteiausweises der Regierungspartei PAN. Im Namen der betroffenen BewohnerInnen verlangen die Kongressabgeordneten der FRG eine Erklärung des FOGUAVI zu diesem Vorwurf.

Am 15. Juli fand sich auch eine Lösung für den Landkonflikt zwischen den Gemeinden Santa Catarina Ixtahuacán und Nahualá. Der Gemeindehauptort Santa Catarina liegt an einem steilen Hang und wurde vom Mitch fast gänzlich zerstört. Mit dem Beginn der Regenzeit begannen erneut die Erdbeben und 672 Familien mussten notfallmässig evakuiert werden. Die Familien besetzten ein Stück Land an der Panamericana zwischen der Hauptstadt und Quetzaltenango, welches unter dem Namen "Alaska" bekannt ist und zur Gemeinde Nahualá gehört. Nach anfänglichen, bis zur Gewalttätigkeit führenden Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gemeinden, der Intervention von MINUGUA, des Menschenrechtsprokurators der Region und des Präsidenten Alvaro Arzú, wurden die Streitigkeiten beigelegt und auf dem Grundbuchamt in Quetzaltenango der Gemeinde Santa Catarina Ixtahuacán zweieinhalb Hektaren des Gemeindefeldes von Nahualá übertragen, was die legale Grundlage bildet, um den Gemeindehauptort umzusiedeln.

## Aufbruch in verschiedenen Gefängnissen

**Guatemala, 15. Juli.** Vier Insassen des Hochsicherheitsgefängnisses von Esquintla wurden innerhalb des Gefängnisses ermordet. Die vier gehörten einer Gruppe von insgesamt 99 Häftlingen an, die vor kurzem in dieses Gefängnis verlegt worden sind. An ihren Körpern wurden Folterspuren und Messerstiche festgestellt. Die vier Häftlinge wurden ins Sicherheitsgefängnis "Canada" nach Esquintla verlegt, nachdem sie am Mord von zwei weiteren Gefangenen in einem Gefängnis in der Hauptstadt für schuldig erklärt und (zusätzlich zu ihren sonstigen Strafen) zu weiteren 33 Jahren verurteilt worden sind.

Die Angehörigen der 99 verlegten Häftlinge protestierten vor dem höchsten Gerichtshof gegen die Haftbedingungen in den Gefängnissen und machten die Behörden ausserdem verantwortlich für den Tod eines weiteren Insassen, der mangels medizinischer Betreu-

ung starb. Der Anwalt der Angehörigen, Mario Menchú, kritisierte weiter, die Haftanstalten verfügten nicht über die nötige Infrastruktur, um die Bedürfnisse der Insassen abzudecken.

Laut Fernando Solís des Zentralamerikanischen Institutes für Politische Studien (INCEP), werden die Gefängnisse von mafiaähnlichen Gruppen kontrolliert. Ebenso könne der Mord an den vier Häftlingen aber auch die Folge von einer "sozialen Säuberung" sein, an der die Mafia, die Behörden selber oder beide beteiligt waren. Die Tatsache, dass die vier in sog. sicheren Zellen waren, lässt auf eine Mitbeteiligung der Behörden schliessen. Im Falle der Mafia wäre es eher das Resultat einer internen Auseinandersetzung. Unabhängig davon, welche der beiden Varianten zutrifft, weist das Strafsystem laut Solís gravierende Mängel auf, angefangen bei der angekündigten, offenen Wahl der Kandida-

Innen für ein RichterInnenamt. Dies zu versprechen sei reine Wahlpropaganda, schlussendlich sei es der Kongress, der diese Posten verteile.

Einen Tag zuvor gab es einen Aufstand unter den Häftlingen des Gefängnisses in Cobán. Rund 200 Insassen protestierten gegen den neuen Direktor der Anstalt und forderten eine Beschleunigung ihrer Verhandlungen. Viele von ihnen sassen schon über fünf Jahre in Haft, ohne dass ihnen jemals der Prozess gemacht worden sei.

Laut einer Studie aus dem Jahr 1996 gehören 60% der Insassen der guatemalteckischen Gefängnisse der ärmsten Bevölkerungsschicht an. 30% hat die Primarschule nicht beendet und 25% kann weder lesen noch schreiben. 85% ist unter vierzig Jahre alt. In diesem Zusammenhang spricht die Studie von einer "Kriminalisierung der Armut", die unbedingt bekämpft werden müsse.

## Notizen aus dem Wahlkampf

**Guatemala, 15.-27. Juli.** Vorbemerkung: Die Flut der Nachrichten über den Wahlkampf ist immens. Die meisten Parteien stehen kurz davor oder haben bereits ihre KandidatInnen für die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft bekanntgegeben und mit ihren Wahlkampagnen begonnen. Um ein bisschen einen Überblick zu haben, wie sich das abspielt, wer mit wem paktiert und gegen wen intrigiert, werde ich bis zu den Wahlen regelmässig Kurznachrichten unter dem Titel "Notizen aus dem Wahlkampf" veröffentlichen. *Die Redaktorin*

Die Guatemaltekeische Bischofskonferenz (CEG) ruft sämtliche Parteien dazu auf, die Weiterführung des Friedensprozesses und die Wiederversöhnung der guatemaltekeischen Familie als Schwerpunkte in ihre Regierungsprogramme aufzunehmen. Das zukünftige Staatsoberhaupt müsse den Demokratisierungsprozess weiterführen, die politische Beteiligung aller Sektoren fördern und speziell die Rechte der Indigenen Bevölkerung anerkennen. Alle gewichtigen Parteien (PAN/ FRG/ ANN/ PLP) nahmen Stellung zum Aufruf der Bischofskonferenz und versicherten, nur ihr Kandidat erfülle diese Bedingungen.

Da er nicht über die finanziellen Mittel verfüge, um im Wahlkampf mit der Regierungspartei PAN zu konkurrenzieren, zog der Kandidat der Nationalen Union (UN) und Demokratischen Allianz (AD), Oscar Clemente Marroquín seine Kandidatur zurück. Er begründet seinen Rückzug damit, dass, solange das Wahlgesetz keiner Reform unterzogen und keine klaren Spielregeln aufgestellt würden, die Regierungspartei immer die öffentlichen Mittel verwenden werde, um ihre Wahlkampagne zu finanzieren. Er jedoch sei nicht bereit, Geld aus anonymen Quellen oder unter Bedingungen zu akzeptieren. Dies hätte zu finanziellen Engpässen bei seiner Kampagne geführt, in welche er bereits 600'000 Quetzales investiert habe.

Da sich die Präsidentschaftskandidaten im Moment zu 100% ihrer Wahlkampagne widmen, stellt sich die Frage, wie sie ihre Familien ernähren:

Oscar Berger (PAN) versichert, seine Einkünfte aus dem Landwirtschaftssektor zu beziehen. Er besitzt eine Finca in Esquintla, wo Gemüse angebaut und Milchwirtschaft betrieben wird. Asisclo

Valladares lebt von seiner Arbeit als Anwalt. Auch wenn er selber im Moment nicht in der Praxis sei, gebe diese doch genug ab, um seine Familie zu ernähren und den Wahlkampf zu finanzieren. Francisco Bianchi (ARDE), bezieht sein Einkommen aus Investitionen in die Bauwirtschaft. Alfonso Portillo (FRG), ist Berater von zwei Banken und einer Finanzgesellschaft. Wegen seinen politischen Aktivitäten habe er seinen Lehrstuhl an der Universität abgeben müssen. Alvaro Colom (ANN), ist ebenfalls Berater und Investor einer Textilmaquila. Danilo Roca (UCN) versichert, seine finanziellen Mittel aus seiner Arbeit als Anwalt zu beziehen sowie aus Dividenden eines familiären Bauunternehmens.

Mehr als zehn Ex- Militärs versuchen, durch ihre Kandidatur bei den Wahlen zu öffentlichen Posten zu kommen. Bezeichnend ist, dass die Mehrheit von ihnen für die FRG kandidiert.

Unter ihnen Luis Felipe Miranda Trejo, Absolvent der politechnischen Schule und mit Kaibilausbildung, als Offizier in Cobán stationiert, als das Massaker von Río Negro stattfand. Später in der Führung der ambulanten Militärpolizei (PMA) in deren Räumlichkeiten sich die Folterkammer "La Isla" befand (siehe letztes Fíjate), Mitbegründer der Zivilpatrouillen (PAC) und einiges mehr. Miranda kandidiert im Namen der FRG als Abgeordneter für den Bezirk Huehuetenango.

Unter ihnen auch Pedro García Arredondo, welcher das "Kommando 6" leitete, verantwortlich für das Massaker in der Spanischen Botschaft. Ebenfalls erwähnt im neunten Bericht von MINUGUA als Teilnehmer einer klandestinen Gruppe, welcher soziale Säuberung, Enteignung und Entführungen angelastet wird. Arredondo kandidiert im Namen der FRG für die Wiederwahl als Bürgermeister von Nuevo Santa Rosa.

Oder Byron Humberto Barrientos, der zum zweiten Mal für einen Kongresssitz kandidiert. Barrientos, Vertrauensmann von General Rios Montt war Führer der S-2, einer Einheit des militärischen Nachrichtendienstes sowie im Generalstab der Nationalen Verteidigung. Barrientos kandidiert ebenfalls für die FRG.

Zwei Wochen vor dem Ablauf der Einschreibefrist haben sich erst 17 BürgerInnenkomitees (Comité Cívico) ins Wahlregister eintragen lassen. Die BürgerInnenkomitees ermöglichen der Bevölkerung, sich für ein BürgermeisterIn-

nenamt oder ins Gemeindeparlament wählen zu lassen, ohne einer politischen Partei angehören zu müssen. Im Gegensatz zu den Parteien, welche bis zum 8. September Zeit haben, die Bedingungen der Wahlbehörde für eine Teilnahme zu erfüllen, haben die Komitees nur bis zum 7. August Zeit.

Ein sehr starkes BürgerInnenkomitee hat sich am 20. Juli in Sololá konstituiert. Unter Teilnahme von über dreitausend Personen führte das Komitee "SololáerInnen gemeinsam für Entwicklung (SUD) seine Gründungsversammlung durch, wo gleichzeitig die KandidatInnen ausgewählt wurden. Pedro Iboy Chiroy, Bürgermeister von Sololá, rief die Bevölkerung dazu auf, in den kommunalen, politischen Strukturen teilzunehmen. Dies sei Teil des Demokratisierungsprozesses und müsse genutzt werden.

Der Koordinator der Mayaorganisationen Guatemalas (COPMAGUA), Rigoberto Juárez, äussert sich beunruhigt über das Desinteresse, welches der grösste Teil der Mayabevölkerung den anstehenden Wahlen gegenüber zeigt. Keine Partei vertrete bisher die Interessen der indigenen Bevölkerung in ihrem Parteiprogramm. Die Wahlpropaganda konzentriere sich bisher nur auf Personen und nicht auf Inhalte und konkrete Vorschläge. Die Dörfer seien mit Wahlpropaganda vollgeklebt, doch hätte ihnen bisher noch keine Partei ihr Regierungsprogramm vorgestellt.

Juan León, Koordinator der Defensoría Maya seinerseits kritisiert, dass KandidatInnen der Mayabevölkerung auf den Wahllisten nach wie vor untervertreten sind. León befürchtet, die Stimmenthaltung könnte dieses Jahr noch grösser sein als bei den Wahlen im Jahre 1995. Es habe sich eine Stimmung unter der Bevölkerung verbreitet von: "Auch wenn wir wählen, es ändert sich ja doch nichts". Die Enttäuschung unter der indigenen Bevölkerung sei auch auf die falschen Wahlversprechen zurückzuführen. Davon nimmt León auch die ANN nicht aus. Sie sei eine Hoffnung für viele Leute gewesen, doch die Probleme, die sich im Moment mit der FDNG abzeichneten, zeigten, dass die ANN keine Ausnahme zu den andern Parteien bildet.

Verschiedenen Maya- Organisationen kritisieren auch, dass die ländliche Bevölkerung von den politischen Parteien erpresst wird, indem ihnen Hilfe angeboten wird im Austausch zur Parteimitgliedschaft.